

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P. XXV, '67

Bonn, den 10. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Vom Nutzen der Demonstrationen</u> Das Verhältnis zur Jugend ist besser geworden Von H. Ruhnau, Innensenator der Hansestadt Hamburg	73
3	<u>Aber, aber...</u> Jugoslawiens "Kommunist" und der "Spiegel"	20
3	<u>Hallstein-Doktrin nicht anwendbar</u> Vor Aufnahme diplomatischer Beziehungen Somalias mit der DDR?	22
4	<u>"Grüne Versicherungskarte" bleibt ein Ärgernis</u> Von Ludwig Fellermaier, MdB, Mitglied des Europäischen Parlaments	42
5	<u>Nachahmenswertes Modell</u> Bildungstechnologisches Zentrum in Wiesbaden	51
6	<u>Spaniens Syndikate</u> Das neue Syndikatgesetz wird zum Prüfstein der inneren Liberalisierung Von unserem ND-1-Korrespondenten in Madrid	31

\* \* \*

### Vom Nutzen der Demonstrationen

Das Verhältnis zur Jugend ist besser geworden.

Von H. Ruhnau, Innensenator der Hansestadt Hamburg

Die Hambueger Bürgerschaftswahl hat bewiesen: Bei stabilen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen kommen die radikalen Parteien über den Stimmzettel nicht an die Macht. Sie sind weit abgeschlagen. Diese Tatsache ist schon in der letzten Bundestagswahl deutlich geworden. Der Hamburger Wähler hat das noch einmal bestätigt. Auch die rund 135.000 Jungwähler haben ihre Stimme eindeutig den demokratischen Parteien gegeben. Sie sind den radikalen Parteien nicht auf den Leim gegangen. Viele hatten Zweifel an der politischen Entscheidungsfähigkeit der Jungwähler geäußert. Es wurde mit der angeblichen 'Unselbständigkeit und Verführbarkeit' der Jugend, mit 'Einseitigkeit und Überschwang des Urteils' argumentiert. Heute hat sich gezeigt: Es ist richtig, die Jugend so früh wie möglich in die politische Verantwortung zu ziehen. Die Bereitschaft zum politischen Engagement ist da.

### Die Proteste der Jugend waren notwendig

Ob der zweite Anlauf zur Demokratie in Deutschland gelingen wird, hängt von der Politik ab, die heute betrieben wird. Dazu gehört auch ein besseres Verhältnis zur jungen Generation. Diese Jugend ist unruhig. Sie protestiert gegen

- eine unempfindlich gewordene, inhumane Welt;
- überholte traditionelle Autorität;
- ein unsicher gewordenes Leben in einer technisch perfektionierten Welt.

Diese Proteste und Demonstrationen haben uns allen viel Unannehmlichkeiten gemacht. Sie haben auch unser 'schlechtes Gewissen' berührt. Wir waren mit dem Erreichten zufrieden. Es war für uns besser als alles, was vordem gewesen war. Die Demonstrationen schreckten uns auf, sie störten uns. Heute wissen wir: Die Proteste waren notwendig. Ohne sie wäre unsere politische und gesellschaftliche Ordnung erstarrt. Ohne sie hätten wir die Weichen für den Weg zum Jahr 2000 nicht rechtzeitig gestellt. Wir hätten die Zeit verschlafen. Eine alte Erfahrung hat sich bestätigt: Jeder Wandel wird erst durch Proteste, durch Aufbegehren gegen das Bestehende eingeleitet und möglich. Es mag überraschen, daß ich als Innenminister der Freien Hansestadt Hamburg das sage. Aber ohne Protest gäbe es keinen gesellschaftlichen Fortschritt, ohne Protest kein allgemeines Wahlrecht; ohne Proteste

gäbe es auch keinen Acht-Stunden-Tag.

Die Demonstrationen haben ein Zweites deutlich gemacht: Das politische und gesellschaftliche System in der Bundesrepublik ist flexibler, als manche in diesem Lande geglaubt haben. Die Jugend hat erfahren, daß unser politisches System reformfähig ist. Sie hat neues Vertrauen zu der parlamentarischen Demokratie gefaßt. Diesen Ansatz des Vertrauens dürfen wir nicht enttäuschen. Wir müssen den Jungen helfen, in diesem Staat eine ihnen gemäße Verantwortung zu übernehmen.

#### Ein neuer Anfang ist gemacht

Der Bundestag hat mit der Reform des Demonstrationsstrafrechts, das bisher vom obrigkeitstaatlichen Denken geprägt war und nicht den Normen des Grundgesetzes angepaßt gewesen ist, einen Anfang gemacht. Friedliches Demonstrieren hat künftig für den Demonstranten kein Risiko mehr. Mit der gleichzeitigen Amnestie für Demonstrationstäter wurde den Gerichten eine Lawine von Prozessen vom Hals geschafft, die im Endeffekt sowieso keine abschreckende Wirkung gehabt, sondern nur die gerade verheilten Wunden aufgerissen hätten.

Die Polizei hat aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt und ist heute subjektiv und objektiv auf Demonstrationen und Konfrontationen besser eingestellt. Sie schützt rechtmäßige Demonstrationen. Sie sichert die Ordnung, ohne die Freiheit zu opfern. Aber sie stellt sich der Unordnung und dem Unrecht entgegen. Kriminelle Handlungen duldet sie nicht.

#### Ein neues Problem: Rauschgift

Die Polizei steht heute vor einem neuen Problem. In allen westlichen Ländern und Großstädten ist eine neue Erscheinung unter den Jugendlichen zu beobachten: der Anstieg des Rauschgiftkonsums. Auch das ist eine Form des Protests gegen diese Gesellschaft. Aber dieser Protest entläßt sich nicht mehr in aktiven Demonstrationen. Der Protest ist nach innen gerichtet, er schließt sich ab. Diese Jugendlichen fliehen in eine andere Welt. Sie ist freundlicher und "heiß". - Auch dieses Verhalten hat soziale Ursachen. Mit Verboten und Verfolgungen werden wir den Kampf gegen das Rauschgift nicht gewinnen. Wir müssen die sozialen Ursachen aufdecken und beheben. Dabei müssen wir uns die Erfahrungen und Kenntnisse anderer Länder zu eigen machen. Das wird große Anstrengungen erfordern. Zu den Ursachen und ihrer Heilung werden wir nur vordringen, wenn wir die Unterstützung der beteiligten Wissenschaften in Anspruch nehmen. Psychologen, Soziologen, Mediziner, Sozialarbeiter und andere müssen zusammenarbeiten.

Aber, aber...

Jugoslawiens "Kommunist" und der "Spiegel"

sp - Endlich hat die deutsche Botschaft in Belgrad mit dem seit Anfang März wegen angeblichen Spionageverdachts verhafteten deutschen Journalisten Hans Peter Rullmann Kontakt aufnehmen können. Das war erst nach vier massiven Vorstößen der deutschen Botschaft möglich. Die offizielle Anklage gegen Rullmann soll "demnächst" erhoben werden. Zu gleicher Zeit schießt sich die jugoslawische Presse auf Rullmann ein; allen voran das Parteiorgan "Kommunist". Diese Zeitung reibt sich aber besonders am "Spiegel", für den Rullmann Korrespondent in Jugoslawien ist. "Kommunist" kann es nicht begreifen, daß der "Spiegel" kritische Berichte über Jugoslawien veröffentlicht und meint, "ein Organ von der Stellung und dem Einfluß des 'Spiegel' läße sich auf all das nicht völlig arglos ein". - Den verehrten Kollegen vom "Kommunist" scheint nicht in den Kopf gehen zu wollen, daß es Zeitungen und Zeitschriften gibt, die auch ohne Arglist kritische Artikel über innen- und außenpolitische Probleme veröffentlichen. Auch scheint man in Belgrad nicht zu verstehen, daß in der Bundesrepublik Artikel erscheinen können, für die man nicht vorher die Billigung der Regierung eingeholt hat. So etwas gibt es tatsächlich, verehrte Kollegen vom "Kommunist". Wenn Rullmann dafür büßen soll, daß die "Spiegel"-Redaktion bei niemandem gefragt hat, ob dieser oder jener Artikel über Jugoslawien genehm sei, wäre das eine sehr schlechte Sache. Wir hoffen es nicht.

Hallstein-Doktrin nicht anwendbar

Vor Aufnahme diplomatischer Beziehungen Somalis mit der DDR?

sp - Zur Stunde ist es noch nicht ganz sicher, ob Somali als Ergebnis des Besuches von Winzer, Außenminister der DDR, diplomatische Beziehungen mit Ostberlin aufnehmen wird. Vieles spricht dafür. Als seinerzeit das heute im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit stehende Sambodscha das dort bestehende DDR-Generalkonsulat in den Rang einer Botschaft erhob, entstand ein großer Wirbel; die Unionsminister, damals die stärkeren Regierungspartner in der Großen Koalition, setzten die Abberufung des Botschafters der Bundesrepublik durch. Die jetzige Bundesregierung handelt auf ähnliche Vorgänge weitläufig gelassener. Für sie ist die Hallstein-Doktrin tot. Sie besägne, wenn der "Böse" auf der diplomatischen Bildfläche erscheint, habe der "Gute" zu verschwinden. Diese Doktrin fesselte der deutschen Außenpolitik die Hände. Im Falle Somali läßt die Bundesregierung ihre Haltung ausschließlich von der deutschen Interessenlage bestimmen. Sie sieht in der möglichen Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen diesem afrikanischen Staat und der DDR kein nationales Unglück und keinen Prestigeverlust, der heftige und unüberlegte Reaktionen erfordert. Der Auseinandersetzung mit der DDR haben wir uns in Deutschland zu stellen, und - wenn nötig - auch in jenen Ländern, in denen die DDR diplomatisch vertreten ist. Wer weicht, gibt auf. Gegen solche Torheiten ist die Brandt/Scheel-Regierung immun.

"Grüne Versicherungskarte" bleibt ein Ärgernis

Von Ludwig Fellermaier, MdB,

Mitglied des Europäischen Parlaments

Die EWG-Kommission macht es sich in der Beantwortung parlamentarischer Anfragen immer leichter: Um oft nichtssagende Antworten zu Papier zu bringen, läßt sie sich wochenlang, bisweilen monatelang Zeit.

Ein Musterbeispiel dafür ist die Behandlung der parlamentarischen Anfrage "Grüne Versicherungskarte" durch die Brüsseler Kommission. Im Sommer 1966 erklärte die Kommission, die Arbeiten der Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten auf diesem Gebiet rasch zum Abschluß zu bringen, um dem Rat vor Ende der Übergangszeit (!) angemessene Vorschläge übermitteln zu können. Jetzt gesteht die Kommission offenbar resignierend ein, daß das gewünschte Ergebnis nicht erreicht werden konnte, weil besondere Probleme bestehen, die von der erheblichen Unterschiedlichkeit zwischen den Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten hinsichtlich der obligatorischen Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge herrühren. Um diese Binsenweisheit zu erfahren, hätte es allerdings keiner parlamentarischen Anfrage bedurft; denn dieser Problemkreis ist der interessierten Öffentlichkeit seit Jahren bekannt. Jahre, in denen sich Brüssel ergebnislos damit befaßt hat.

So wird die "Grüne Versicherungskarte" im Autoreiseverkehr innerhalb der EWG auch in diesem Sommer wieder ein europaweites Ärgernis bilden. Neben den Rechtsfragen sollte Brüssel wissen, daß es auch dabei politisch-psychologische Probleme für die EWG gibt.

Die EWG ist auf dem besten Wege, immer mehr zu einem Stein des Anstoßes in der Öffentlichkeit zu werden. Neben dem schon zum Überdruß reichenden Dauerstreit in der Agrarpolitik, die allmählich die EWG als Institution in der breiten Öffentlichkeit in ein schiefes Licht geraten läßt, demonstrieren Brüsseler Eurokraten auch noch in der Frage der "Grünen Versicherungskarte" gegenüber Millionen von Kraftfahrern, wie hilflos sie in der Behandlung solcher Fragen sind.

Wie lange eigentlich muß der Autofahrer in der EWG noch warten, bis das Ärgernis verschwindet? Wenn schon in Brüssel kein positives Ergebnis in absehbarer Zeit zu erwarten ist, muß man an die Bundesregierung appellieren, daß sie über den bereits mehrfach beschrittenen Weg der bilateralen Verträge mit Drittländern auch mit EWG-Staaten zu entsprechenden Übereinkünften gelangt, damit diese den Wegfall der "Grünen Versicherungskarte" sicherstellen.

### Nachahmenswertes Modell

#### Bildungstechnologisches Zentrum in Wiesbaden

Die Vorbereitungen für das in Wiesbaden geplante Bildungstechnologische Zentrum sind nunmehr so weit fortgeschritten, daß mit seinem Aufbau begonnen wird.

Im Bildungstechnologischen Zentrum sollen die verschiedenen Formen programmierbarer Lehrverfahren hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Grundlagen und ihrer Entwicklung erforscht werden. Durch Grundlagenforschung sollen allgemeine Theorien der didaktischen Informationsübermittlung erarbeitet werden. Die Entwicklungsarbeit hat praxisorientierte Modelle zum Ziel. Sie wird sich mit Prototypen der Automaten, Lehrprogrammen sowie anderen Lehrmaterialien und komplexen Lehrsystemen in Schule, Hochschule, Berufs- und Erwachsenenbildung beschäftigen.

Ein wesentlicher Teil der Arbeit wird die Programmentwicklung beinhalten. Auftragsforschung bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrats. Die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses soll durch ein Aufbaustudium am Zentrum ermöglicht werden, die Lehrer-Weiterbildung durch Mitarbeit bei Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten.

Für das Zentrum ist folgende fachliche Gliederung der ständigen Arbeitsgruppen vorgesehen:

- \* 1. Theorie der Unterrichts- und Schulsysteme einschließlich Curriculumforschung,
- \* 2. Kybernetik, Lehralgorithmen und Lehrmaschinen,
- \* 3. Bildungsökonomie, Bildungssoziologie und Sozialpsychologie,
- \* 4. Mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer,
- \* 5. Sprachwissenschaftliche Fächer,
- \* 6. Sozialwissenschaftliche Fächer.

Die ständigen Arbeitsgruppen haben die Aufgabe, wissenschaftliche Erkenntnisse in den im Zentrum vertretenen Arbeitsbereichen zu erarbeiten. Die Aufgabe von Projektgruppen besteht in der Durchführung von in sich abgeschlossenen Vorhaben auf dem Gebiet der Entwicklung und Erprobung. Diese Projektgruppen bestehen aus Mitarbeitern der ständigen Arbeitsgruppen und aus Mitarbeitern, die vorübergehend in dem Bildungstechnologischen Zentrum tätig sind.

Ein Wissenschaftlicher Rat soll den "internen Sachverstand" repräsentieren. In ihm sind die wissenschaftlichen, pädagogischen und technischen Mitarbeiter der Arbeits- wie der Projektgruppen vertreten. Der Wissenschaftliche Rat stellt die von der Gesellschafterversammlung zu beschließende Forschungs- und Entwicklungsplanung auf. Er ist als internes Kollegialorgan für die Einzelabstimmung und Vorplanung der einzelnen Forschungsprogramme ebenso zuständig wie für die Koordinierung der Tätigkeit der Arbeitsgruppen und Projektgruppen. Der Wissenschaftliche Rat wirkt des Weiteren mit bei der Aufstellung der Ausbau- und Investitionsprogramme ebenso wie bei der Berufung und Abberufung der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Projektleiter.

Der Rat erarbeitet seine Vorschläge und Konzeptionen gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Rat. In ihm werden Experten aus Wissenschaft, Schule und Wirtschaft vom Aufsichtsrat berufen. Der Wissenschaftliche Ausschuss repräsentiert den "externen Sachverstand". Er berät Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung bei der Wahrnehmung ihrer Funktionen und soll den Kontakt zu Hochschulen und anderen Forschungsrichtungen ermöglichen.

### Spaniens Syndikate

Das neue Syndikatsgesetz wird zum Prüfstein der inneren Liberalisierung

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Die rechtskatholische Madrider Zeitung "Ya" traf den Nagel auf den Kopf, als sie schrieb, daß Gesetze und Wirklichkeit in der spanischen Arbeitswelt weit auseinander klaffen. Spaniens Syndikatsminister Enrique García del Ramal sagte: "Es gibt Leute, die wünschen, daß der Unternehmer mit jeder sogenannten 'Arbeiterkommission' Verträge eingehe, weil damit die echten Syndikatsvertreter auf die Seite gedrängt werden. Diese Leute sollen uns in Ruhe lassen, sie sollen uns den gerechten Syndikalismus betreiben lassen, die Sozialpolitik, wie sie von unseren Prinzipien der Bewegung gefordert wird."

Diese Erklärung muß im Zusammenhang mit den anlaufenden Parlamentsberatungen über das neue Syndikatsgesetz gesehen werden, das die autoritären Strukturen in Spaniens Arbeitswelt in die Zukunft hinüberretten soll. Über 1.000 Änderungsanträge lassen indessen erkennen, daß auch die Abgeordneten des Ständeparlaments den Regierungsentwurf als nicht mehr zeitgemäß ansehen.

Die "alte Garde" der Vertikalsyndikate verteidigt ihre autoritären Anschauungen mit Zähnen und Klauen. So verlangte der ehemalige Syndikats-Generalsekretär Espinosa-Poveda, jeder Streik müsse weiterhin bestraft werden. Diese Forderung steht jedoch im Widerspruch zu den Empfehlungen der spanischen Bischöfe und der internationalen Arbeitsorganisation ILO, sie steht erst recht im Widerspruch zur Meinung der Arbeiterschaft und sogar in Regierungskreisen.

Das neue Syndikatsgesetz wird zum Prüfstein für die innere Liberalisierung Spaniens. Wenn es den Abgeordneten gelingt, dem Gesetz die autoritären Giftzähne zu ziehen, dann könnte eine langfristige Befriedigung der spanischen Arbeitswelt möglich werden. Die gesetzliche Gewährung der gewerkschaftlichen Freiheiten würde Spanien ein gutes Stück auf dem Weg nach Europa vorwärtsbringen. Würde das Franco-Regime gar über den eigenen Schatten springen und die Syndikatsreform mit einer Amnestie für gemäßregelte Arbeiter koppeln, dann wäre eine einmalige Chance genutzt.